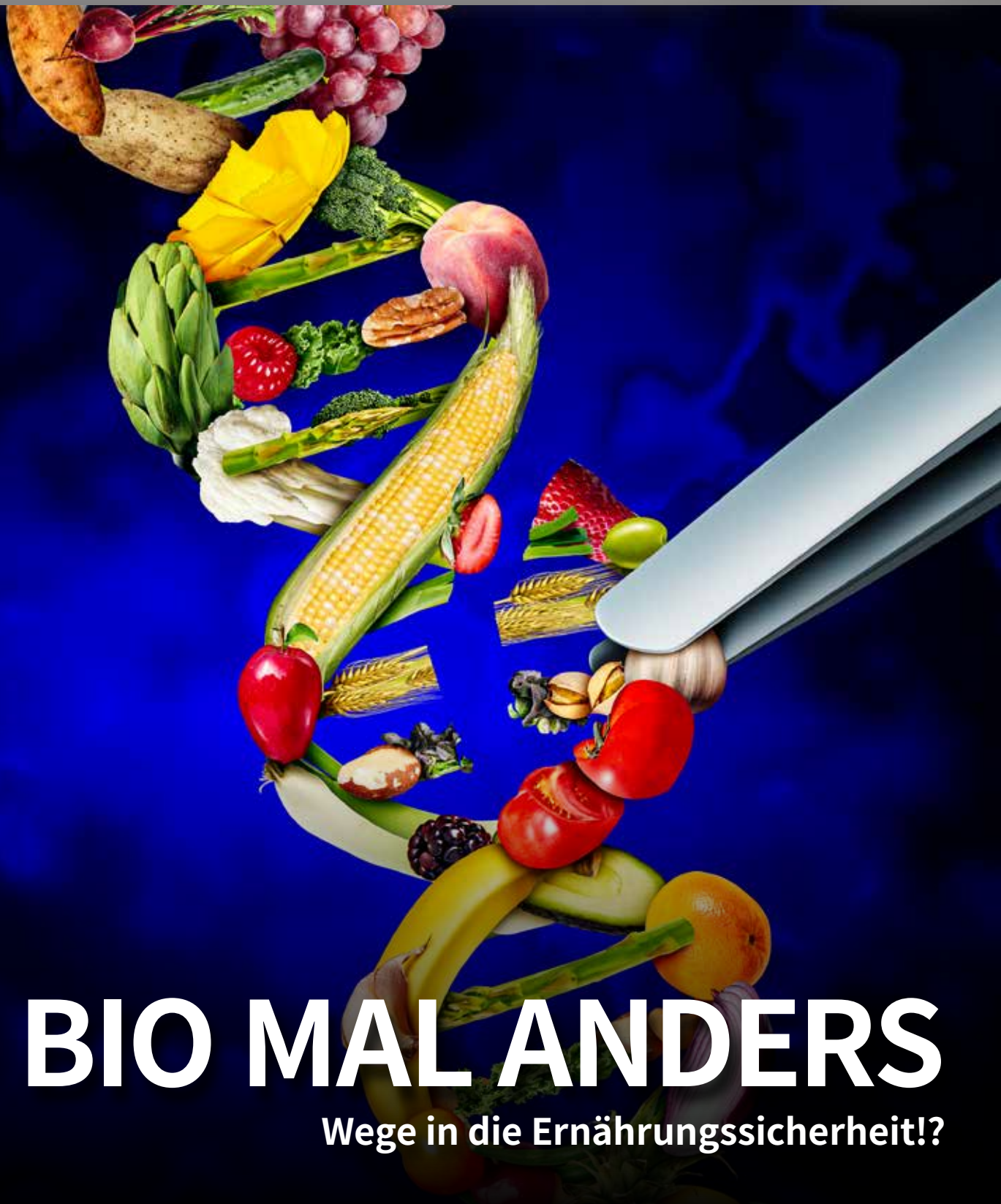


# ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

03|2023



## BIO MAL ANDERS

Wege in die Ernährungssicherheit!?

UNTERSETZT: Landeshaushalt 2024 ist auf dem Weg  
UMBESETZT: Drei Ministerpräsidenten in der 1. WP  
UNTERWEGS: Mit dem Regionalfenster in Landsberg



LANDTAG VON  
SACHSEN-ANHALT

Schulklassen  
herzlich willkommen!

Politik erleben

**PLENARSAAL  
STATT  
KLASSENZIMMER**

Plenarsitzungen  
live erleben

Mit Abgeordneten  
sprechen

Führungen durchs Haus





07

**BILDUNGSWENDE  
DRINGEND NÖTIG**

Fast jeder zehnte Schüler in Sachsen-Anhalt beendet die Schule ohne Abschluss. In Zeiten von Fachkräftemangel wiegt diese Statistik umso schwerer. In einer Aktuellen Debatte forderte die Fraktion DIE LINKE daher eine „Bildungswende gegen den Fachkräftemangel“.



08

**REKORDHAUSHALT  
MIT ENGEM KORSETT**

Die Landesregierung legte am Beginn der September-Sitzungsperiode des Landtags den Entwurf eines Haushaltsgesetzes für das Jahr 2024 vor. Darin sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 14 269 658 400 Euro aufgeführt.



16

**LANDSBERG  
IM SAALEKREIS**

Inmitten der mitteldeutschen Metropolregion – bis Halle sind es nur an die 15, bis Leipzig 25 Kilometer – können Bewohner und Besucher von Landsberg und seinen Ortschaften eine Kleinstadt mit ländlichem Flair genießen und von deren langer Siedlungsgeschichte erfahren.

**AUS DEM PLENUM**

**6 | Bio mal anders**

Die Chancen der Biotechnologie seien durch die regulatorischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa bisher wenig genutzt. In einer Aktuellen Debatte holte die FDP-Fraktion im September das Thema auf die Tagesordnung.

**10 | Maßnahmen gegen die Inflation**

Auf Basis einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte diskutierte der Landtag von Sachsen-Anhalt über das Thema Inflation und wie sie bekämpft werden kann. Die Meinungen gingen dabei teils deutlich auseinander.

**11 | Schulsozialarbeit weiter erhalten**

Schulsozialarbeit sei für die Schullandschaft des Landes von immenser Bedeutung und damit eine Landesaufgabe, meint die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und hatte für die September-Sitzungsperiode eine Aktuelle Debatte zum Thema beantragt.

**EINBLICK**

**12 | Das ist (auch) dein Landtag!**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt ist längst nicht nur etwas für Erwachsene. Angebote für Kinder und Jugendliche zeigen das Hohe Haus auch mal in einer ganz anderen Perspektive. Seht selbst!

**RÜCKBLICK**

**14 | Ausspäh- und Gehälteraffäre**

Im krisengeplagten Land Sachsen-Anhalt wählte der Landtag in seiner ersten Wahlperiode nach diversen Rücktritten insgesamt drei Ministerpräsidenten. Vor 30 Jahren trat Dr. Christoph Bergner an die Spitze der Landesregierung.

**15 | Wege zur Verwaltungsreform**

Im Januar 1993 setzte der Landtag von Sachsen-Anhalt zum ersten Mal eine Enquete-Kommission ein, die zahlreiche Vorschläge zur Verwaltungsreform erarbeitete. Ihr folgten zehn weitere Untersuchungskommissionen.

**IM BLICKPUNKT**

**22 | Wiedersehen im Landtag**

Vom „ersten Hotel am Platze“ zum Landesparlament. Die Geschichte des Landtagsgebäudes ist schon eine besondere. Als Internatsschüler der Wasserwirtschaftsschule hat Klaus Lorenz einen Teil der Geschichte hautnah erlebt.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

### Auflage und Erscheinen

10 000 Exemplare, vierteljährlich

### Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt  
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Besucherdienst und Protokoll  
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg  
Fon: 0391 560-0  
Fax: 0391 560-1123  
www.landtag.sachsen-anhalt.de  
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

### Redaktion

Dorothee Bodewein (Ltg.), Stefanie Böhme,  
Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller,  
Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Wolfgang  
Schulz, Matthias Unfried

### Fotos & Grafiken

Titelseite: freshidea - stock.adobe.com  
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt  
Seite 3: auremar - stock.adobe.com, marcus  
hofmann - stock.adobe.com,  
Gudrun Oelze  
Seite 4: AfD-Fraktion LSA, Fotostudio  
Charlottenburg, FDP-Fraktion/  
Hans Eckardt (o.), Susanne Seidler (u.)  
Seite 6: freshidea - stock.adobe.com  
Seite 7: auremar - stock.adobe.com  
Seite 8: marcus hofmann - stock.adobe.com  
Seite 10: wifesun - stock.adobe.com  
Seite 11: contrastwerkstatt - stock.adobe.com  
Seite 12–13: Landtag von Sachsen-Anhalt  
Seite 14: Megafoto Magdeburg  
Seite 15: Stefanie Böhme  
Seite 16–19: Gudrun Oelze  
Seite 20–21: Verlage Suhrkamp, Springer VS, Econ,  
Eigenverlag  
Seite 22: Stefanie Böhme  
Seite 23: Bente-Kahan-Stiftung  
Seite 24: Landtag von Sachsen-Anhalt

### Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH  
www.genese-md.de

### Druck

Harzdruckerei GmbH  
www.harzdruckerei.de

### Redaktionsschluss

8. September 2023. Dieses Magazin dient der  
Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-  
Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form  
der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum  
Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

## Drei neue Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt



Christian Mertens, Kristin Heiß und Maximilian Gludau (v.l.)  
sind als Abgeordnete nachgerückt.

**D**er Landtag von Sachsen-Anhalt ist wieder komplett. Kristin Heiß (DIE LINKE), Maximilian Gludau (FDP) und Christian Mertens (AfD) haben jeweils als Nachrücker ihre Mandate angenommen. Kristin Heiß aus Magdeburg ist für

Christina Buchheim nachgerückt, die das Amt der Bürgermeisterin in Köthen übernommen hat. Heiß war bereits in der 7. Wahlperiode Mitglied des Landtags. Bei der Landtagswahl im Juni 2021 verpasste sie allerdings den Einzug ins Parlament. Auch bei der FDP-Fraktion gab es eine Veränderung. Maximilian Gludau aus Weißenfels rückt für den verstorbenen Abgeordneten Johannes Hauser nach. Der 24-jährige Gludau ist damit nun das jüngste Mitglied des Hohen Hauses. Bei der AfD-Fraktion war Hannes Loth Anfang Juli zum Bürgermeister der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz gewählt worden. Daraufhin verzichtete er auf sein Abgeordnetenmandat. Als Nachfolger wurde Christian Mertens aus Magdeburg von der Landeswahlleiterin bestätigt. Mehr zu den drei neuen Abgeordneten im Landtag finden Sie in der Abgeordnetenübersicht auf unserer Website, wo Sie auch einen Überblick über alle 97 Abgeordneten des Landtags bekommen. Stefanie Böhme

## Gesellen-Freisprechung der Schornsteinfegerinnung

**A**nlässlich des erfolgreichen Abschlusses von neun Auszubildenden zu qualifizierten Gesellinnen und Gesellen der Schornsteinfegerinnung Sachsen-Anhalt fand am 28. Juli 2023 im Beisein von Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger im Innungshaus in Ilberstedt die feierliche Freisprechung statt. In seinem Grußwort betonte der Parlamentspräsident: „Die Freisprechung ist ein bedeutender Meilenstein im Leben junger Handwerkerinnen und Handwerker. Sie markiert das Ende ihrer intensiven Ausbildung und den Beginn ihrer Karriere als eigenständige Fachkräfte in ihrem Handwerksbereich. Ich bin stolz darauf, dass die neun Auszubildenden diese Herausforderung mit Engagement, Ehrgeiz und Fachwissen gemeistert haben. Gleichzeitig möchte ich den Ausbilderinnen und Ausbildern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die die Ausbildung dieser jungen Talente unterstützt haben.“



Feierliche Übergabe des Gesellenbriefs der Schornsteinfegerinnung in Ilberstedt.

Ulrich Grimm

# Liebe Leserinnen und liebe Leser,

mit Schwung ist der Landtag von Sachsen-Anhalt aus der parlamentsfreien Zeit gestartet. Wer annimmt, die Politik des Landes habe in dieser Zeit geruht, der irrt. Zwar nimmt die Anzahl der Sitzungen ab und ja, auch die Abgeordneten sowie Mitarbeitenden der Fraktionen und der Landtagsverwaltung nutzen die Zeit, die weitestgehend parallel mit den Schulferien einhergeht, um Urlaub zu machen.

Das ist jedoch keineswegs mit Stillstand oder Untätigkeit gleichzusetzen. Wie im Sport gilt auch hier: Nach der Ausschuss- und Plenarsitzung ist vor der Ausschuss- und Plenarsitzung. Und so dient die parlamentarische Sommerpause deren Vor- und Nachbereitung. Auch ist nicht zu vergessen, dass ein wesentlicher Teil der Abgeordnetentätigkeit vor Ort in den Wahlkreisen geleistet wird, auch und gerade während der Sommermonate. Die Abgeordneten nehmen in ihren Wahlkreisen vielfältige Aufgaben und oft Ehrenämter wahr, kümmern sich um Anliegen oder Probleme der Menschen, pflegen Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Vereinen, Unternehmen, Verbänden, Kirchen, Initiativen und Institutionen.

Bleiben wir in der Welt des Sports, befasste sich der Landtag von Sachsen-Anhalt in seiner ersten Sitzung nach der parlamentsfreien Zeit mit einer seiner Königsdisziplinen, dem Budgetrecht, dem wohl wichtigsten parlamentarischen Kontrollinstrument. In Deutschland ist dem Parlament auf Landes- wie Bundesebene vorbehalten zu entscheiden, wie die Steuergelder und sonstigen

Einnahmen verwendet werden. Das Parlament nimmt über diesen Weg Einfluss auf die Politik der Regierung und gestaltet politisch mit. Kein Wunder, dass zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das kommende Jahr durch die Landesregierung, spricht den Finanzminister, es durchaus unterschiedliche politische Positionen gab.

Auch die Landtagsverwaltung nutzte die Sommerzeit, neue Angebote für Interessierte umzusetzen. So konnte erstmals für Kinder ein Ferienprogramm ausprobiert werden. Mit einer Schatzkarte ausgestattet, ging es mit Geschwistern, Eltern oder Großeltern auf Entdeckungstour im Landtag. Um noch einmal auf die Tätigkeit der Abgeordneten in ihrem Wahlkreis zurückzukommen: Auch hier war die Landtagsverwaltung nicht untätig und nutzte die Gelegenheit mit „Unterwegs im Wahlkreis“ für den Instagram-Account des Landtags ein neues Format zu produzieren. Neugierig? Dann schauen Sie einfach auf [@landtag\\_1sa](#) vorbei.

Ihre  
ZwischenRuf-Redaktion



# Bio mal anders

Die Chancen der Biotechnologie seien durch die regulatorischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa bisher wenig genutzt. In einer Aktuellen Debatte holte die FDP-Fraktion im September das Thema auf die Tagesordnung.

**Z**wei gute Gründe gebe es für die Aktualität des Themas, sagte Kathrin Tarricone (FDP): Zum einen werde auf EU-Ebene vorgeschlagen, die Entwicklung, den Anbau und die Vermarktung von Nutzpflanzen zu erleichtern, die durch Biotechnologie weiterentwickelt wurden. Zum anderen sei die Erntebilanz 2023 für Sachsen-Anhalt bei Getreide und Raps unterdurchschnittlich. Es bedürfe mehr Pflanzen, die mit schwierigen Umweltbedingungen zurechtkommen und wenig Düngemittel und Pflanzenschutzmittel benötigen. Durch die CRISPR-Technologie, also einer gezielten Mutation im Genom einer Pflanze, könnten belastbarere und ertragreichere Pflanzen gezüchtet werden. Die FDP spricht sich dafür aus, molekularbiologische Methoden verstärkt zum Einsatz zu bringen.

„Die grüne Biotechnologie ist ein unglaublicher Schatz, den wir heben müssen, und das tun wir auch in der Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalts“, erklärte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD). Im Sinne der Ernährungssicherheit müssten Kulturpflanzen gezielt und schnell an zukünftige Umweltbedingungen angepasst werden. „Die Züchtungsmethoden müssen kontinuierlich überwacht, nicht aber verhindert werden“, betonte Willingmann.

Genveränderte Pflanzen sollen künftig auch auf EU-Ebene ähnlich den konventionellen Pflanzen behandelt werden, erklärte Nadine Koppehel (AfD). Mit ihren liberalen Vorstellungen in der Gentechnik stehe die FDP allerdings auf Bundesebene recht alleine da, die Koalitionspartner lehnten einen freieren Umgang ab. Ungekennzeichnete



Mit mehr Biotechnologie – zum Beispiel durch den Einsatz der „Gen-Schere“ – könnte die Lebensmittelproduktion positiv beeinflusst werden.

genveränderte Lebensmittel lehnten die Verbraucher ab; dieser Meinung schließe sich auch ihre Fraktion an.

Die Landwirtschaft stehe vor der großen Aufgabe, die wachsende Bevölkerung zu ernähren, sagte Elrid Pasbrig (SPD). Man wolle Pflanzen schaffen, die weniger Wasser benötigten und resilienter gegen Schädlinge und Umwelteinflüsse seien. Genom-editierte Pflanzen hätten auch auf natürliche Art entstehen können. Durch die Gen-Schere werde der Mutationsprozess nur verschnellert.

Die jahrtausendealte Auslesezüchtung habe zur Nahrungsmittelsicherung beigetragen, sagte Hendrik Lange (DIE LINKE). Das Verfahren mit der Gen-Schere erlaube nun sehr genaue Eingriffe in das Erbgut der Pflanzen. Bestimmte Eigenschaften könnten zusammengeführt werden. Man könne damit den jahrelangen Züchtungsprozess abzukürzen und verbesserte Pflanzen erzeugen, erklärte Lange.

Neuerungen für die aktuellen rechtlichen Bedingungen seien dringend an-

geraten, erklärte Olaf Feuerborn (CDU). Denn noch immer sei eine Nutzung der neuen Erkenntnisse für die Landwirtschaft nicht möglich. Die Vorlage der EU-Kommission sei ein positives Signal für die Wissenschaft. Darin stehe, dass es weniger auf das Verfahren als vielmehr auf das Ergebnis des gentechnischen Eingriffs ankomme.

Die Grünen hielten auch bei der CRISPR-Technik an der europäischen Gentechnikrichtlinie fest, sagte Dorothea Frederking (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – dass also das Vorsorgeprinzip, Kennzeichnungspflicht und Wahlfreiheit erhalten blieben. Die Wunschvorstellungen der FDP hätten zurzeit noch nichts mit der Realität zu tun. Auf keinem Ort der Welt seien bisher die vielfach versprochenen resistenten und ertragreicheren Pflanzen kreiert worden. Der Forschung werde man sich aber nicht verschließen.

Im Anschluss an die Debatte wurden wie gewohnt keine Beschlüsse zur Sache gefasst.

Dr. Stefan Müller

# Bildungswende dringend nötig

Fast jeder zehnte Schüler in Sachsen-Anhalt beendet die Schule ohne Abschluss. In Zeiten von Fachkräftemangel wiegt diese Statistik umso schwerer. In einer Aktuellen Debatte forderte die Fraktion DIE LINKE daher eine „Bildungswende gegen den Fachkräftemangel“.

**T**homas Lippmann (DIE LINKE) fürchtet, dass es demnächst einen weiteren „PISA-Bildungsschock“ geben werde. Er erinnerte an Finnland, das bereits früh verstanden habe, dass jede und jeder gebraucht werde. Der Bildungsgipfel zu Beginn des Jahres habe wenig gebracht. In den Gymnasien habe sich die Situation zwar etwas verbessert, in der Sekundarstufe I und den Grundschulen „herrscht noch immer Land unter“, so Lippmann.

Ihr Ministerium habe einige innovative Maßnahmen eingeführt, um die Versorgung kurzfristig zu verbessern, jetzt würden diese teilweise mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beklagt, das könne sie nicht verstehen, erklärte Bildungsministerin Eva Feußner (CDU). Sie räumte ein, dass etwa zehn Prozent eines Schuljahrgangs keinen qualifizierten Abschluss erreichten. Daher habe das Bildungsministerium einen umfangreichen Maßnahmenplan entwickelt, um die Quote zu senken.

Dr. Katja Pähle (SPD) unterstrich: „Die Annahme, wenn wir alles für unsere

Leute tun, wird es nicht so schlimm mit dem Fachkräftemangel, ist falsch.“ Ohne Zuwanderung werde es nicht gehen. Laut Pähle sei eine „zielgerichtete Berufsorientierung“ besonders wichtig, auch an den Gymnasien. Außerdem müsse man dafür sorgen, dass alle Kinder, die eine Chance auf einen Schulabschluss haben, diesen auch erwerben könnten.

„Ich muss den Antragstext der Fraktion DIE LINKE loben“, sagte Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD), denn zum einen werde darin Einwanderung als kurzfristige Lösung des Fachkräftemangels kritisiert und zum anderen das immer weiter sinkende Niveau an den Schulen. Erstmals werde das Thema Bildungskrise zusammen mit dem Thema Einwanderung diskutiert. Diese Erkenntnis sei immerhin ein großer Schritt für DIE LINKE, obgleich die AfD dies schon seit Jahren erkläre.

Jörg Bernstein (FDP) legte den Fokus in seiner Rede auf die naturwissenschaftliche Bildung und beklagte, dass immer weniger junge Menschen MINT-Fächer

studierten. Um naturwissenschaftliche Kenntnisse zu vermitteln, habe man sich im Koalitionsvertrag auf den Einsatz von Modellprojekten geeinigt, wie beispielsweise fachübergreifenden Unterricht. So gebe es in Wolfen zum Beispiel ein ganz tolles „Abi-Lab“, auch die „4-plus-1-Tage-Regelung“ sei eine gute Chance.

Um das Problem an der Wurzel zu packen, müssten die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessert und die Ausbildung reformiert werden, meinte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Außerdem sollte das „Zwei-Klassen-Bildungssystem“ abgeschafft werden, sie plädierte für Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, mit guter Digitalisierung und Inklusion.

Thomas Keindorf (CDU) betonte, die Defizite aus der Schulbildung könnten während der Ausbildung nicht ausgeglichen werden. Die Prinzipien Qualität und Leistung müssten wieder stärker in den Blick genommen werden, zeigte sich der CDU-Abgeordnete überzeugt. Die Ausbildungsbetriebe hätten ein großes Interesse, junge Menschen zu gewinnen und langfristig an sich zu binden. Dennoch gebe es derzeit 800 unbesetzte Ausbildungsstellen in Sachsen-Anhalt.

Am Ende der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse gefasst.

Stefanie Böhme

Zwei Azubis lassen sich vom Meister die Arbeit erklären. Das Handwerk ringt um beruflichen Nachwuchs.



# Rekordhaushalt mit engem Korsett

Die Landesregierung legte am Beginn der September-Sitzungsperiode des Landtags den Entwurf eines Haushaltsgesetzes für das Jahr 2024 vor. Darin sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 14 269 658 400 Euro aufgeführt.



Der Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2024 wird aller Voraussicht nach über 14,3 Milliarden Euro betragen. Er könnte bereits in der Dezember-Sitzungsperiode vom Parlament verabschiedet werden.

**D**ie Landesregierung bringe einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf 2024 ein, der – den Erwartungen der Fraktionen gemäß – im IV. Quartal 2023 beraten und verabschiedet werden könne, sagte Finanzminister Michael Richter (CDU). „Eine vorläufige Haushaltsführung werden wir dieses Mal [2024] nicht benötigen.“ Der Haushaltsplanentwurf 2024 sei auch aus finanzpolitischer Sicht eine Herausforderung, da die Ausgabenbedarfe stiegen. Die Gründe hierfür seien Inflation, Tarifierhöhungen, Zinswende und Investitionsbedarfe (zum Beispiel in Transformationsprozesse wie Digitalisierung und Klimaneutralität). Diese führten zwangsläufig zu strukturellen Einsparungen auf der Ausgabenseite. Es bestehe der Zwang nach einem „Weniger“ und das Erfordernis, „effizienter“ zu handeln, so Richter. Freiwillige Leis-

tungen müssten hinterfragt, Pflichtaufgaben effizienter gestaltet werden.

Ein Schwerpunkt des Haushalts 2024 sei der Finanzierung der Kommunen gewidmet. Durch die geplante Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) sollen die Kommunen mehr als 13 Prozent mehr Geld zur Bewältigung ihrer Aufgaben erhalten, insgesamt belaufe sich die Summe nun auf fast 2,1 Milliarden Euro. Die allgemeinen Rücklagen seien schon seit 2022 aufgebraucht, so der Finanzminister. Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen wie für 2023 seien nicht zu erwarten. Der Haushaltsplanentwurf enthalte wie in den beiden Vorjahren eine Kreditermächtigung für die Landesgesellschaft IPS. Denn nur so könnten derzeit dringende große Bau- und Liegenschaftsprojekte im Landesinteresse realisiert werden,

die über den Kernhaushalt nicht mehr finanziert werden könnten.

„Die Aufstellung der kommenden Haushaltsplanentwürfe wird für die Landesregierung wesentlich schwieriger“, prognostizierte der Minister. „Überdurchschnittliche Schulden, die hieraus resultierenden Zinslasten und ein zu großer Personalkörper bei stark schrumpfender Bevölkerung sind in der Zukunft nicht mehr finanzierbar.“

Die Landesregierung nutze finanzpolitische Taschenspielertricks (globale Minderausgabe), mit denen Finanzierungslücken verdeckt werden sollen, kritisierte Dr. Jan Moldenhauer (AfD) den vom Finanzminister vorgelegten Haushaltsentwurf. Unverständnis erregte bei der AfD auch die geplante Aufnahme von Krediten in Höhe von



190 Millionen Euro, die Generationenerechtigkeit werde mit Füßen getreten, so Moldenhauer.

Die Kosten für die exorbitante Personalausstattung des Landes sollen laut Landesregierung durch einen Einstellungsstopp gebändigt werden, das sei allerdings der denkbar falscheste Weg. Die AfD fordert stattdessen einen Geldstopp für die „Asyl- und Integrationsindustrie, Klimawende und Klimawahnsinn, Kampf gegen Rechts und Gender-Mainstreaming“. Die AfD setzt sich für eine Abschiebeoffensive ein und erteilt der Grüner-Wasserstoff-Initiative des Landes eine Absage. Die Ansiedlung von Intel bei Magdeburg bezeichnete Moldenhauer als „wirtschaftspolitisches Scheitern“. Sachsen-Anhalt brauche keine globalistischen US-Konzerne, die Fördergelder abgriffen, sondern kleine und mittelständische Unternehmen als Rückgrat für den Wohlstand.

Das Korsett dieses Haushalts sei eng geschnürt, die Spielräume seien deutlich kleiner als in den vergangenen Jahren, sagte Dr. Katja Pähle (SPD). Die politischen Aufgabenstellungen blieben aber dieselben, nämlich die im Koalitionsvertrag aufgestellten. Es dürfe keine Abstriche in der Qualität des Sozialstaats geben; Pähle nannte unverzichtbare staatliche Leistungen wie die Eingliederungshilfe, die Jugendhilfe und den Kinder-Betreuungsanspruch.

Der wirtschaftliche Aufbruch in Sachsen-Anhalt brauche eine verlässliche und stabile Versorgung mit Energie, betonte Pähle. Investitionen in Zukunftstechnologien (grüner Wasserstoff) und die dazugehörige Infrastruktur seien unabdingbar. Eines von verschiedenen Problemen im Haushaltsentwurf sei in der Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft und der Schulsozialarbeit zu finden. Hier gelte es, zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Das Haushaltsgesetz könnte pünktlich zum Jahresbeginn 2024 starten, lobte

Eva von Angern (DIE LINKE), fügte aber sogleich an: „Dieser Haushalt ist alles andere als fertig!“ Die von der Landesregierung geplante globale Minderausgabe betrage fast drei Prozent der Haushaltssumme, das sei definitiv zu viel.

Um Geld zu sparen, sehe die Landesregierung in 2024 einen Einstellungsstopp für die öffentliche Verwaltung vor. Die Verwaltung jage sich gegenseitig die Fachkräfte ab, und die in 2024 fertig ausgebildeten würden in andere Bundesländer abwandern. Die Landesregierung sei eine „Landesregierung des Stillstands“, dabei sollten sie und der Ministerpräsident doch das Land im Interesse der Menschen im Land voranbringen, meinte von Angern. Das Armutsrisiko in Sachsen-Anhalt sei nach wie vor eklatant hoch. DIE LINKE wolle sich in den Haushaltsberatungen vehement für die Schulsozialarbeit, die Bekämpfung des Fachärztemangels, für die Feuerwehren und die aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen einsetzen.

Der Haushaltsentwurf sei ein Abbild der Herausforderungen dieser Zeit, sagte Andreas Silbersack (FDP). Vor allem die hohen Personalkosten müssten endlich angegangen werden, ebenso die Umgestaltung der Behördenstruktur. Die 190 Millionen Euro für die Landesgesellschaft IPS sollen ein „Schnellboot“ sein und dafür sorgen, dass Baumaßnahmen schneller umgesetzt würden. Das Land solle durch Investitionen vorangebracht werden. „Wir werden die Kommunen nicht allein lassen“ und also mit ausreichend Finanzmitteln versorgen, so Silbersack.

Zugleich müsse die Landesregierung aber darauf achten, die Gesamtschulden des Landes von über 22 Milliarden Euro nicht weiter ansteigen zu lassen. Das Land brauche eine attraktive Infrastruktur, die FDP wolle den Ausbau von Landesstraßen, Landesradwegen und Bädern forcieren.

Der Haushalt sei nicht ausgeglichen, meinte Olaf Meister (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) denn da sei die globale Minderausgabe von 3 Prozent – ohne einen Euro mehr in der Tasche zu haben. Finanzpolitisch sei das „doppeltes Verplanen von Finanzmitteln“; das würde eine Herausforderung bei den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen. Die über Verschuldung geplanten IPS-Investitionen in Höhe von 190 Millionen Euro seien nicht in Bausch und Bogen zu verdammen, deren Verwendung wohl aber durch den Landtag zu kontrollieren. Unverständnis äußerte Meister beim Thema „freie Schulen“, hier seien nötige Gelder nicht in den Haushalt eingestellt, obwohl deren Notwendigkeit lange bekannt gewesen sei.

Es gebe einige große Bauprojekte im Land; die im neuen Rekordhaushalt nun bereitgestellten 190 Millionen Euro für die IPS sei als Anschubfinanzierung gedacht, erklärte Guido Heuer (CDU). Insgesamt müssten allerdings die geplanten Ausgaben des Landes vollumfänglich auf den Prüfstand gestellt werden. „Welche Ausgaben will und kann sich das Land überhaupt erlauben?“, fragte Heuer. Transparenz und Effizienz müssten Hand in Hand gehen. Sachsen-Anhalt brauche eine echte Digitalisierung, die in ihrer Konsequenz zu einer deutlichen Verschlinkung der Behördenstruktur führe.

Das Land müsse finanzpolitisch antizyklisch arbeiten, forderte Heuer, also in guten Zeiten eine Investitionsrücklage für finanziell schwächere Zeiten schaffen. Die CDU-Fraktion werde ganz fest an der Seite der Kommunen stehen, sagte Heuer und verwies auf die wachsenden FAG-Mittel. Auch die innere Sicherheit und die Gesundheitspolitik seien Kernthemen seiner Fraktion.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Anschluss an die Debatte in den Ausschuss für Finanzen (federführend) sowie in alle ständigen Ausschüsse (außer Petitionsausschuss) (mitberatend) überwiesen.

Dr. Stefan Müller

# Maßnahmen gegen die Inflation

Auf Basis einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte diskutierte der Landtag von Sachsen-Anhalt über das Thema Inflation und wie sie bekämpft werden kann. Die Meinungen gingen dabei teils deutlich auseinander.

**D**as Bürgergeld werde einfach um 12 Prozent erhöht, ohne dass die Empfänger irgendetwas tun müssten, kritisierte Ulrich Siegmund (AfD). Dagegen könnte sich die hart arbeitende Bevölkerung trotz Arbeit oft nicht leisten, ins Kino oder Essen zu gehen. Ein Grund für die hohe Inflation sei, dass zum einen immer mehr Geld ins System gepumpt werde. Zum anderen würde man den Menschen Angst machen, indem man „eine vermeintliche Klimaapokalypse an den Horizont skizziere“. Nach Ansicht von Siegmund werde es jedoch noch schlimmer kommen. So werde ab dem 1. Dezember 2023 die Lkw-Maut um 85 Prozent erhöht werden und am Ende müssten es die Menschen im Supermarkt bezahlen.

Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) monierte, bei den Reden der AfD im Plenum gehe es einzig darum, das Land schlechtzureden und nicht um Inhalte. Wichtig sei, den Menschen das Gefühl zu geben, dass die Politiker sich ihrer Sorgen annähmen und entsprechende Lösungen fänden. Am Ende sei entscheidend, gutbezahlte Arbeitsplätze im Land zu haben. Für die Zukunft seien bereits große Investitionen geplant, die das Land voranbringen würden.

„Ihre Rede war eine einzige Angstmache und Verunsicherung der Bevölkerung“, mit der Realität habe sie nichts zu tun, kritisierte Holger Hövelmann (SPD) die AfD-Fraktion. Die Gründe für die Inflation seien natürlich in erster Linie die gestiegenen Energiepreise, außerdem hätten Unternehmen – aus Gier – aber selbst die Kosten in die Höhe getrieben (zum Beispiel große Lebensmittelunternehmen).



Die Verbraucherpreise steigen, ein deutliches Zeichen für die steigende Inflation.

Eva von Angern (DIE LINKE) konstatierte, die Inflation treffe die Menschen im Osten besonders hart und die Koalition im Bund mache nichts, sondern befeuere sie noch. Die Lkw-Maut Sorge auch bei ihrer Fraktion für Sorgenfalten, ebenso wie der CO<sub>2</sub>-Preis, der ab 2024 teurer werde.

Um die Lage in den Griff zu bekommen, sei eine Stabilitätspolitik nötig, unterstrich Andreas Silbersack (FDP). Auch wenn die Herausforderung groß sei, habe man nicht das Jahr 1923 und es sei nicht die Zeit, „den Untergang der Republik zu prophezeien“. Einerseits müsse die Wirtschaft aufrechtgehalten werden, aber gleichzeitig sei die Inflation herunterzubekommen. „Entscheidend ist die Balance.“

Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte: „Wir brauchen Wahrheit, Transparenz und Respekt in der politi-

schen Debatte, denn wir müssen die besten Lösungen für die Menschen finden!“ Man müsse jetzt viele Krisen parallel lösen, das sei eine große Herausforderung. Die höhere Lkw-Maut sei ein Beitrag, um den Klimawandel in den Griff und mehr Transporte auf die Bahn zu bekommen, erinnerte die Grünen-Abgeordnete.

„Deutschland steckt in einer Rezession, das muss uns Sorge machen und ermutigen, Lösungen zu finden, wie wir da rauskommen“, stellte Ulrich Thomas (CDU) fest. Er plädierte dafür, die Energie nicht weiter zu verknappten. Es müsse klar sein: „Der Energiepreis muss für alle Menschen sinken.“ Außerdem sprach er sich für Steuersenkungen und dafür aus, die Leistungsträger der Gesellschaft zu stärken: „Arbeiten muss sich lohnen!“ Am Ende der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse zur Sache getroffen.

Stefanie Böhme

# Schulsozialarbeit weiter erhalten

Schulsozialarbeit sei für die Schullandschaft des Landes von immenser Bedeutung und damit eine Landesaufgabe, meint die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und hatte für die September-Sitzungsperiode eine Aktuelle Debatte zum Thema beantragt.



An der Schulsozialarbeit dürfe nicht gespart werden, meinen die Grünen und fordern ein entsprechendes Landesprogramm.

ler“, betonte Jörg Bernstein (FDP). Eine verlässliche Finanzierung sei nötig, allerdings sei dafür nicht allein das Land verantwortlich, auch die Kommunen sollen an der Finanzierung beteiligt werden. Eine flächendeckende Schulsozialarbeit trage zur Stärkung des Bildungssystems insgesamt bei.

Die demokratischen Fraktionen im Landtag hätten die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit erkannt, rekapitulierte Monika Hohmann (DIE LINKE). 2018 habe der Landtag einen Antrag beschlossen, durch den die Landesregierung ein langfristiges Landesprogramm mit nachhaltiger Finanzierung entwickeln sollte. Diesem Landesprogramm sei man bislang keinen Schritt nähergekommen, monierte Hohmann. „Wenn wir jetzt nicht der Schulsozialarbeit eine Perspektive anbieten, verlieren wir weitere Fachkräfte.“

Die Schulsozialarbeit sei und bleibe ein festes Unterstützungsangebot an Schulen, betonte Matthias Redlich (CDU). Die Koalition stehe zu einer Fortsetzung, es müsse aber eine zukunftssichernde Finanzierung erarbeitet werden. Schulsozialarbeit sei Teil der Jugendhilfe und somit Teil der kommunalen Aufgaben. Vor Ort könne viel bedarfsgerechter über die Finanzierung entschieden werden. Sie sei indes kein Mittel gegen den Mangel an Lehrkräften.

Im Anschluss an die Aktuelle Debatte „Schulsozialarbeit“ wurden wie gewohnt keine Beschlüsse zur Sache gefasst.

Dr. Stefan Müller

**S**chulsozialarbeiterinnen und -arbeiter gestalteten wesentlich das Schulklima mit, sie hülften bei kleinen und größeren Problemen, sie sicherten den Schulerfolg – sowohl für die Kinder als auch die Schulen selbst, erklärte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Viele Einrichtungen fürchteten den Verlust der Schulsozialarbeit, weil unklar sei, wie viel sich das Land davon leisten könne. Die Bildungsministerin habe sich unverständlicherweise aus der Verantwortung gezogen, viele Kommunen müssten gar zwischen Schulsozialarbeit und Jugendclub wählen.

„Von Desinteresse zu sprechen, weise ich energisch von mir“, konstatierte Bildungsministerin Eva Feußner (CDU). Die Schulsozialarbeit sei dem SGB VIII zugeteilt. Sie habe inhaltlich gar keinen Einfluss auf Schulsozialarbeit, da diese Teil der Jugendhilfe sei. Der Landesregierung sei deren Bedeutsamkeit und Wirksamkeit bewusst. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter seien aber keinesfalls dafür da, (fehlende) Lehrkräfte zu ersetzen oder zu entlasten.

„Schulsozialarbeit ergänze den schulischen Alltag“, erinnerte Dr. Katja Pähle (SPD), so stehe es auch im Schulgesetz des Landes – gerade weil sie ein wichtiger Bestandteil des Schullalltags sei. In Frage stehe allerdings die Ko-Finanzierung durch die Kommunen. Es dürfe nicht dazu kommen, dass nur noch Schulen Schulsozialarbeit anbieten könnten, deren Kommunen sich die Finanzierung leisten könnten, monierte Pähle.

Das Thema Schulsozialarbeit sei der „ranzigste Ladenhüter aus Ihrem politischen Angebot“, sagte Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) in Richtung Grüne und Linke. Unterrichtsferne Aufgaben gehörten schlicht nicht an die Schulen, Sozialarbeit gehöre ins Jugendamt. Seine Fraktion fordere den kontinuierlichen Ausstieg aus der Schulsozialarbeit. Ohnehin seien Schulsozialarbeiter nur Teil eines sich aus dem linken Flügel speisenden „parasitären Systems“, sagte Tillschneider.

„Die Schulsozialarbeit spielt eine bedeutende Rolle bei der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schü-



LA  
SA



# Schau, das ist (auch) dein Landtag!



Der Herbst steht schon direkt vor der Tür und mit ihm kehrt ein Angebot in den Landtag von Sachsen-Anhalt zurück, das schon im Frühjahr viele Kinder (bis 14 Jahre) ins Landesparlament lockte: unsere Taschenlampenführung! Du willst den Landtag mal von einer ganz anderen Seite kennenlernen, nämlich mit Licht aus und Spot an?! Dann bist du hier genau richtig! <sup>1</sup>

Angebote zum Mitmachen und Dabeisein findest du im Landtag reichlich, mal kannst du allein teilnehmen, mal reist du am besten mit deiner ganzen Klasse an. Und das ist meist nicht einmal in deiner Freizeit, sondern als Teil des Unterrichts, egal ob in der Grundschule <sup>2</sup>, im Rahmen des Sozialkunde- oder Geschichtsunterrichts <sup>6, 9</sup> oder gar als Teil eines Studien-seminars. Die meisten Gruppen entscheiden sich für eine Führung durchs Haus und ein Abgeordnetengespräch. Die etwas Fortgeschritteneren nehmen am sogenannten Rollenspiel teil <sup>7</sup>, in dem die politischen Prozesse in einem Parlament simuliert werden.

Wenn du in den Sommerferien noch nicht dabei warst, dann solltest du dir auf jeden Fall für die nächsten Ferien schon mal die Teilnahme an der Landtagsrallye in den Kalender eintragen. <sup>5</sup> Durch ein kleines Quiz mit Schatzsuche (und mehr) kommen Kinder (bis 14 Jahre) dem Geschehen im Landtag ganz nah.

Schülerinnen und Schüler sind im Landtag aber nicht automatisch auf Erkundungstour. Beim „Jugend forscht“-Empfang stellen sie zum Beispiel ihre neuesten und preisgekrönten Forschungsergebnisse vor <sup>4</sup>, und bei „Jugend debattiert“ <sup>3</sup> werden jedes Frühjahr die Landessiegerinnen und Landessieger ausdebattiert.



**LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT**

Für alle Angebote des Landtags – es gibt verschiedene für alle Altersklassen – erhältst du hier Informationen und kannst dich auch anmelden:  
[besucherdienst@lt.sachsen-anhalt.de](mailto:besucherdienst@lt.sachsen-anhalt.de)

# Ausspäh- und Gehälteraffäre

Im krisengeplagten Land Sachsen-Anhalt wählte der Landtag in seiner ersten Wahlperiode nach diversen Rücktritten insgesamt drei Ministerpräsidenten. Vor 30 Jahren trat Dr. Christoph Bergner an die Spitze der Landesregierung.

Die ersten Jahre im wiederentstandenen Sachsen-Anhalt nach der Wende waren geprägt von fehlender politischer Stabilität und Kontinuität. Die erste Regierung unter Ministerpräsident Dr. Gerd Gies stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Der Tierarzt aus Stendal war bei der Landtagswahl 1990 zwar Spitzenkandidat der CDU und hatte Listenplatz 1 inne, doch der zog nicht, weil die CDU bis auf einen alle Wahlkreise gewann und somit mehr direkt gewählte Abgeordnete hatte als ihr nach der Zweitstimme zustanden. Um den Einzug von stasibelasteten Abgeordneten in den Landtag zu vermeiden, gab es ein fragwürdiges Verfahren zur Überprüfung der CDU-Abgeordneten auf eine inoffizielle Stasi-Mitarbeit. In dessen Ergebnis verzichtete ein direkt gewählter CDU-Kandidat wegen seiner IM-Tätigkeit auf sein Mandat, und Gerd Gies konnte als Abgeordneter nachrücken. Ihm wurde angelastet, er hätte ihn zum Mandatsverzicht gedrängt.

Die sogenannte Ausspähaffäre lies das Land und vor allem die CDU nicht zur Ruhe kommen, zumal weitere CDU-Abgeordnete ihr Mandat wegen Stasi-Verwicklungen aufgeben mussten. Schließlich stellte Gerd Gies in der CDU-Fraktion die Vertrauensfrage, verlor knapp und trat nur neun Monate nach seinem Amtsantritt im Juli 1991 zurück. Ein Gericht sprach ihn später von allen Vorwürfen im Zusammenhang mit der Ausspähaffäre frei.

Nach seinem Rücktritt schlug die große Stunde von Prof. Dr. Werner Münch, der im Gies-Kabinett Finanzminister



Dr. Gerd Gies  
Ministerpräsident  
1990-1991



Prof. Dr. Werner Münch  
Ministerpräsident  
1991-1993



Dr. Christoph Bergner  
Ministerpräsident  
1993-1994

gewesen war. Sein Auftreten und seine starke Persönlichkeit versprachen endlich Vertrauen und Kontinuität in der Landespolitik. Doch der Eindruck täuschte. Im Zusammenhang mit den Gehältern der „Westminister“ hatte ihm der Landesrechnungshof und mehreren Ministern vorgeworfen, zu hohe Gehälter zu kassieren. In der Bevölkerung, die mehr und mehr von Arbeitslosigkeit und Zukunftsängsten bedroht war, brodelte es. Große Teile der Medien heizten die Atmosphäre mit Vorwürfen und Schmähworten wie „Raffkes“ an.

Im November 1993 drohte die Situation weiter zu eskalieren. Die Krise konnte nur durch den Rücktritt des inzwischen in großen Teilen der Bevölkerung in die Kritik geratenen Ministerpräsidenten gemeistert werden. Nach einem Machtwort des damaligen CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl trat Werner Münch am 28. November 1993 zurück. Erst Jahre später, am 5. Dezember 1997, bestätigte das Oberverwaltungsgericht Mag-

deburg, dass es bei Münch und seinen Ministern keinerlei Verfehlungen wegen der Gehälter gegeben habe. Sie wurden voll rehabilitiert.

Nach dem Rücktritt von Münch musste der Landtag entscheiden, wie es weitergehen sollte. Die SPD-Opposition forderte sofortige Neuwahlen und organisierte dafür sogar eine Volksinitiative. Doch im Landtag fand sich eine Mehrheit für die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Die CDU nominierte ihren damaligen Fraktionsvorsitzenden Dr. Christoph Bergner, der am 2. Dezember 1993 mit 60 von 83 Stimmen die Wahl zum Ministerpräsidenten gegen den bündnisgrünen Kandidaten Hans-Jochen Tschiche gewann.

Die erste Wahlperiode endete mit vorgezogenen Wahlen am 26. Juni 1994. Dr. Reinhard Höppner (SPD) wurde Ministerpräsident. Die SPD regierte acht Jahre lang mit einer Minderheitsregierung.

Wolfgang Schulz

# Wege zur Verwaltungsreform

Im Januar 1993 setzte der Landtag von Sachsen-Anhalt zum ersten Mal eine Enquete-Kommission ein, die zahlreiche Vorschläge zur Verwaltungsreform erarbeitete. Ihr folgten bis heute zehn weitere Kommissionen.

In jedem Parlament sind sogenannte Enquete-Kommissionen ein wirkungsvolles Instrument der Abgeordnetentätigkeit. Abgeleitet vom französischen „enquête“ („Untersuchung“), sind sie im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten eingesetzte Gremien. Im Gegensatz zu den ständigen Ausschüssen des Parlaments, in denen Gesetzentwürfe oder konkret abgefasste Anträge beraten werden, wenden sie diese Kommissionen besonders komplexen Themenfeldern zu.

In Sachsen-Anhalt schlug die Geburtsstunde der ersten Enquete-Kommission vor 30 Jahren. Am 14. Januar 1993 setzte der Landtag auf der Grundlage des Artikels 55 der Verfassung von Sachsen-Anhalt die Enquete-Kommission „Verwaltungsreform“ ein. In der Verfassung heißt es: „Der Landtag hat das Recht, zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche oder bedeutsame Sachkomplexe Enquete-Kommissionen einzusetzen.“ In Sachsen-Anhalt bestehen diese Kommissionen aus 13 Abgeordneten. Jede Fraktion kann für die Enquete-Kommission eine Beraterin oder einen Berater benennen.

Nach damals 13-monatiger Arbeit übergab Kommissionsvorsitzender Curt Becker (CDU) den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Verwaltungsreform“ mit „Vorschlägen zur Neuorganisation der Verwaltung in Sachsen-Anhalt“ auf mehr als 170 Seiten dem Landtag. „Die Kommission will Denkanstöße geben und sieht ihre Vorschläge als Handlungsanleitung für die Entscheidungsträger auf allen Ebe-

nen des Landes“, hieß es seinerzeit im Bericht. Während es zum Beispiel mit der Abschaffung der drei Regierungsbezirke eine erste Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen gab, enthielt der Abschlussbericht von 1994 weitere Vorschläge, die bis in die heutige Zeit wirken.

Mit Blick auf die Leistungsfähigkeit von Verwaltungsstrukturen wurde bereits damals erkannt, dass durch die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften „eine Stärkung der Verwaltungs- und Veranstaltungskraft auf der Gemeindeebene zu erwarten ist“. Diese Gedanken fortführend, im Jahr 1993 bestand das Land Sachsen-Anhalt noch aus 21 Landkreisen, setzte der Landtag eine Kreisgebietsreform mit Wirkung zum 1. Juli 2007 um und es entstanden elf Landkreise.

Die Vorschläge der damaligen Enquete-Kommission bezogen aber auch die Entwicklung parlamentarischer Struk-

turen ein. So wurde angeregt, nach zwei Wahlperioden über eine Reduzierung nachzudenken. Auch diesen Vorschlägen wurde gefolgt. Letztmalig beschloss der Landtag mit dem Gesetz zur Parlamentsreform im Jahr 2020 erneut eine Verringerung der Mandatszahl auf 83. Durch Überhang- und Ausgleichmandate besteht das Parlament aktuell aus 97 Abgeordneten.

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat der Landtag in den unterschiedlichsten Bereichen insgesamt elf Enquete-Kommissionen eingesetzt. Jüngstes Gremium dieser Art ist die Kommission unter dem Titel „Das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Transparenz und Reformwillen stärken“. Der Landtag hat dem Antrag Anfang des Jahres zugestimmt, und so will die Kommission einen ersten Zwischenbericht vor der Sommerpause 2024 vorlegen.

Wolfgang Schulz



Blick in den Plenarsaal des Landtags von heute: Manche Entscheidungen aus der ersten Enquete-Kommission hatten auch auf diesen Auswirkungen.



Hochromanischer Bergfried, der der Ortschaft Hohenthurm schon zeitig den Namen gab.

## Landsberg im Saalekreis – Wohnen in ländlichem Flair

Inmitten der mitteldeutschen Metropolregion – bis Halle sind es nur an die 15, bis Leipzig 25 Kilometer – können Bewohner und Besucher von Landsberg und seinen Ortschaften eine Kleinstadt mit ländlichem Flair genießen und von deren langer Siedlungsgeschichte erfahren.

**M**it beschaulicher Ruhe in mittelalterlich anmutiger Kulisse war es am dritten Augustwochenende vorbei. Nach dreijähriger Zwangspause aus Pandemie- und organisatorisch bedingten Gründen feierten Landsberg und seine Gäste wieder das Bergfest. Höhepunkt war das traditionelle Fassrollen, bei dem dreiköpfige Teams aus Frauen und Männern auf einem 1,1 Kilometer langen Parcours mit steilen Anstiegen, Gefällen und felsigem Untergrund so schnell wie möglich ein hölzernes Fass um den Kapellenberg rollten.

Hoch über dem Volksfest-Getümmel thronte Landsbergs Wahrzeichen: die Doppelkapelle Sanctae Crucis. Auf einem Felsen in der ansonsten ebenen Landschaft erhebt sich das aus dem letzten Drittel des 12. Jahrhunderts stammende Gebäude. Einst Burgkapelle der Residenzburg der Markgrafen der Lausitz/sächsischen Ostmark, ist das einem romanischen Wohnturm ähnelnde Bauwerk markantester Zeuge der mittelalterlichen Geschichte Landsbergs. Sie gilt als eine der größten und schönsten erhaltenen Doppelkapellen, deren ausgereifte Schmuckformen und

die Raumkomposition von der einstigen Macht und dem Ansehen der Landsberger Markgrafen künden. Als ein Kleinod an Sachsen-Anhalts Straße der Romanik, Teil der Fürstenstraße der Wettiner und einer Station am Lutherweg gilt ihr stets wachsendes touristisches Interesse.

Größe und Bedeutung der Kapelle lassen auf den Stellenwert der ehemaligen Burganlage mit einer einst umbauten Fläche von mehreren Tausend Quadratmetern schließen. Von dieser Burg aus, von der nur noch wenige unscheinbare



Mauerreste blieben, regierten die Markgrafen zu Blütezeiten ihrer Herrschaft über ein Gebiet, das sich bis ins heutige Brandenburg, Sachsen und Thüringen, ostwärts bis zu Oder und Neiße sowie in nördlicher Richtung bis nach Berlin erstreckte. Mit dem Aussterben der Landsberger Linie der Wettiner versank der Ort in der Bedeutungslosigkeit, die einst so gewaltige Burg verfiel und nur die Doppelkapelle mit den beiden sakralen Räumen übereinander sowie einem dritten Geschoss, das wohl als Zufluchtsort diente, überdauerte die Zeit.

Die regionale Siedlungsgeschichte Landsbergs reicht jedoch noch weiter zurück – bis in die Jungsteinzeit. Später ließen sich hier slawische Stämme nieder. Auf slawische Gründungen gehen auch die meisten heute zur Stadt gehörenden Ortschaften zurück. 29 in elf Ortschaften zusammengefasste Ortsteile bilden nach mehreren Gebietsreformen die heutige Stadt Landsberg im östlichen Saalekreis, die sich über ein Terrain von 125 Quadratkilometern erstreckt. Die erste urkundliche Erwähnung als „Civitas Holm“ – Holm bedeutet so viel wie Hügel oder Berg – stammt aus einer Schenkungsurkunde von König Otto I. im Jahr 961. An die damalige Siedlung der Handwerker und Kaufleute erinnern noch heute Straßen- und Platzbezeichnungen wie Mühlberg, Töpfergasse oder Schneiderplatz.

Über Jahrhunderte hauptsächlich geprägt durch Handwerk und Landwirtschaft, hielt mit der 1859 vollendeten Eisenbahnlinie zwischen Halle und Bitterfeld auch in Landsberg die Industrialisierung Einzug. Rund 160 Jahre später führen drei Bahnstrecken durch das Stadtgebiet: Halle–Köthen–Magdeburg, Halle–Wittenberg–Berlin und Halle–Delitzsch–Eilenburg. Von großer Bedeutung für die Verkehrsinfrastruktur Landsbergs ist auch die Lage der Stadt am Schnittpunkt der Bundesautobahnen A 9 von Berlin nach München und der A 14 von Magdeburg nach Dresden. Über die Bundesstraße B 100, die Lands-

berg von West nach Ost durchläuft, ist die Stadt auch direkt mit Halle und Bitterfeld-Wolfen verbunden. Die Nähe zum Flughafen Leipzig/Halle sowie der auf dem Stadtgebiet liegende Flugplatz Halle/Oppin machen die verkehrstechnisch günstige Lage perfekt.

Davon, dass Landsberg schon vor mehr als dreihundert Jahren ein Verkehrsknotenpunkt war, kündigt auf dem Markt unweit des historischen Rathauses aus dem 18. Jahrhundert eine Postmeilensäule. Die sogenannte kursächsische Distanzsäule in Form eines Obeliskens wurde 1730 an der Stelle aufgestellt, an der sich damals die Poststraßen von Leipzig über Magdeburg nach Hamburg sowie die von Leipzig über Köthen und Potsdam nach Berlin kreuzten. Allerdings versteigerte man die Säule 1833, das Wappenteil wurde 1954 wiederentdeckt. Seit April 1989 kündigt auf dem Marktplatz nun eine originalgetreue Nachbildung von den Entfernungen Landsbergs zu anderen Ortschaften.

Die hervorragende Verkehrsinfrastruktur und die Nähe zu den Ballungszentren Halle und Leipzig verschafften Landsberg in den 1990er Jahren einen besonderen Standortvorteil und machten diese durch Landwirtschaft geprägte Region attraktiv für die Ansiedlung von Unternehmen insbesondere aus den

Branchen Handel und Logistik. Sichtbar wird das unter anderem bei einem Blick hinunter vom Kapellenberg auf große Hallen bekannter Firmen. Die großen Industrie- und Gewerbegebiete rund um Landsberg sowie bei den Ortschaften Queis, Peißen, Oppin und Sietzsch sorgen nicht nur für wachsende Beschäftigungszahlen, sondern ließen Landsberg und Umgebung auch zu einem beliebten Wohnstandort werden.

Allerdings sei bei Neuansiedlungen in den vergangenen Jahren nicht mehr viel passiert, meint Tobias Halfpap, seit Dezember 2022 Landsbergs Bürgermeister. „Unsere Gewerbegebiete haben schon lange keine große Neuansiedlung mehr begrüßen können. Dank der früheren Erfolge sind sie schlichtweg voll“, bedauert er, will dies aber wieder ändern. „Wir brauchen neue, bedarfsgerechte Flächen auch für die Erweiterung von Bestandsunternehmen und ein effektives Standortmarketing, um die Stadt mit ihren Chancen und Potenzialen wieder sichtbar zu machen und um neue Unternehmen für gute und sichere Arbeitsplätze in unsere Gemeinde zu holen.“ Arbeitsplätze direkt vor der Haustür böten auch die zahlreichen lokalen Unternehmen – vom Handwerksmeister über Blumenläden und Elektriker bis zum Bauunternehmer, Händler und Hersteller. >>>

links:  
Kopie der Kursächsischen Distanzsäule von 1730 – an jener Stelle, an der sich einst wichtige Poststraßen kreuzten.



>>> Nicht nur Eingemeindungen, sondern auch viele Zuzüge ließen die Einwohnerzahl Landsbergs in den vergangenen Jahren auf 15 000 anwachsen, wobei Spannungsfelder durch nicht historisch gewachsene Strukturen und weite Entfernungen zum Verwaltungszentrum nicht ausblieben. Doch aktive Dorfgemeinschaften und zahlreiche Vereine in den 29 Ortsteilen sorgen für eine jeweils eigene Vielfalt kultureller, sportlicher und sozialer Angebote.

In Braschwitz zum Beispiel engagiert sich der ortsansässige Burgstettenverein für die Erhaltung der gleichnamigen Naturlandschaft, die sich als Porphyrykuppe in der Mitte zwischen vier Landsberger Ortschaften erhebt. Eine davon ist Niemberg, als „nova urbs“ (Neue Burg) 966 erstmals erwähnt. Am Burgstetten, Standort einer einstigen Burganlage, laden Porphyrykuppen und alte Steinbrüche zum Wandern in schönster Natur ein. Die jüngere Kulturgeschichte Niembergs ist eng mit der Alten Brennerei verbunden, deren Ruine ein gleichnamiger Verein umfassend sanierte und dort Konzerte regionaler und internationaler Künstler, Lesungen, Volksfeste, Vorträge, Handwerkskunst und diverse Projekte anbietet.

Ein hochromanischer Bergfried verlieh der Ortschaft Hohenthurm schon früh ihren Namen. Das 36 Meter hohe Wahrzeichen des Orts befindet sich ebenso



Deutschlands größte aufblasbare Reifenrutsche – eine der Attraktionen im Freizeitpark Landsberg.

Das historische Rathaus auf dem Marktplatz von Landsberg.



In der sanierten Renaissancevilla in Petersdorf residieren heute „Schlossgeister“, die Kinder des Orts in der gleichnamigen Kita.



wie die zum Schloss umgestaltete Burg in privater Hand, doch die an den Hohen Turm angrenzende Martin-Luther-Kirche zeigt sich Besuchern als „offene Kirche“. Nicht nur zur Faschingszeit sind „Lustige Thurmgeister“ aktiv im Ort.

Oppin ist sorbischen Ursprungs und wurde 952 ebenfalls in einer Urkunde König Ottos I. erstmals erwähnt. Überregional bekannt ist der Verkehrslandeplatz Halle/Oppin. Der ab 1971 von der Gesellschaft für Sport und Technik betriebene Flugplatz diente zur Ausbildung von Segelfliegern und Fallschirmspringern und wurde später DDR-Leistungszentrum für Fallschirmsprung. Nach der Wende wurden dort eine 1 120 Meter lange Asphaltlandebahn sowie zwei Flugzeugabstellhallen gebaut. Auf dem Platz haben heute unter anderem die Station Halle der DRF Luftrettung mit zwei Intensivtransporthubschraubern sowie zwei Hubschrauberstützpunkte der Bundespolizei ihr Domizil.

Der Name der Ortschaft Peißen ist Autofahrern auf der A 14 bei Halle wohlbekannt, denn ab deren Anschlussstelle

Halle-Peißen geht es auf mehr als zehn Kilometern sechsspurig bis zum Schkeuditzer Kreuz. Peißens denkmalgeschützte Kirche St. Wenzel bietet neben baulichen Besonderheiten wie dem kreisförmigen Grundriss des Westturmes auch im Inneren Entdeckungswertes – wie das steinerne Taufbecken aus der Zeit der Romanik oder einen reich verzierten Schnitzaltar aus dem 15. Jahrhundert.

Die jüngere Geschichte des einstigen Ritterguts Queis ist von der dort in 40 Metern Tiefe lagernden Braunkohle überschattet, die seit den 1970er-Jahren für den Abbau vorgesehen war, sodass ab 1981 für Queis ein absoluter Baustopp galt. Zum geplanten Aufschluss des „Tagebaus Hatzfeld“ kam es wegen des drastischen Rückgangs des Braunkohlebedarfs nach der Wende dann aber nicht, sodass es für Queis und seine Ortsteile wieder eine Zukunft gab und neue Wohngebiete entstehen konnten.

Die Ortschaft Landsberg verfügt neben der Doppelkapelle und dem zu ihren Fü-



v. l. n. r.: Architektonisches Kleinod und schon von Weitem sichtbares Wahrzeichen der Stadt – die Doppelkapelle von Landsberg. Blick vom Kapellenberg auf eines der Gewerbegebiete der Stadt Landsberg.

ßen liegenden idyllischen Felsenbad, das im Sommer überregionale Besucher anzieht, über weitere touristische Kleinode wie die Gützer Kirche, deren historische Buntglasfenster von dem bekannten Maler und Bildhauer Markus Lüpertz ergänzt und teils neu geschaffen wurden. Ferner gibt es in Landsberg eine Vielzahl von Sportvereinen, eine Stadt- und Schulbibliothek, eine ebenfalls regional bekannte Brauerei sowie attraktive Wohngebiete in den Ortsteilen Gütz, Gollma und Reinsdorf.

Neue Wohngebiete wurden nach der Wende auch in Reußen und Zwebindorf erschlossen, beide Ortsteile wurden im Rahmen der Dorferneuerung umfassend saniert. Lebten 1988 in diesen Ortsteilen lediglich 650 Menschen, wurde 2003 dort der 1000. Einwohner geboren. Zusammen nicht einmal 500 Einwohner haben die Ortsteile Schwerz, Kneipe und Dammendorf der Ortschaft Schwerz. Deren heutiges Dorfgemeinschaftshaus war bis 1945 Wohnhaus des Schwerzer Ritterguts. Weil 1741 der hallesche Arzt und Professor Friedrich Hoffmann den heute unter Denkmal-

schutz stehenden klassizistischen Bau erwarb, wurde dem Erfinder der Hoffmannstropfen dort im Jahr 2000 ein Denkmal gewidmet.

Auch unter der Ortschaft Sietzsch lagert in 40 Metern Tiefe salzhaltige Kohle. Da aus dem zu DDR-Zeiten beschlossenen Aufschluss des Tagebaus „Hatzfeld“ nach 1990 nichts wurde, konnte auch dort ein neues Wohn- sowie ein Gewerbegebiet entstehen. Das dörfliche Leben in den Ortsteilen Sietzsch, Bageritz und Lohnsdorf bewegt sich zwischen Landwirtschaft, Sport und Feuerwehr.

Sportlich geht es auch in der Ortschaft Spickendorf zu. In deren Ortsteil Petersdorf lockt ein Freizeitpark mit Tennishalle, Bowlingbahn, Fitnessstudio, Indoor-Spielplatz und einem Wasserpark mit Deutschlands größter aufblasbarer Reifenrutsche Besucher aus nah und fern an. Überregional bekannt ist auch die Petersdorfer Keramikscheune direkt an der B 100. In der zu Beginn der 2000er-Jahre umfassend sanierten Petersdorfer Villa im Stil der Neorenaissance logieren heute „Schlossgeister“, befindet sich im

denkmalgeschützten Bauwerk von 1896 doch eine Kindertagesstätte.

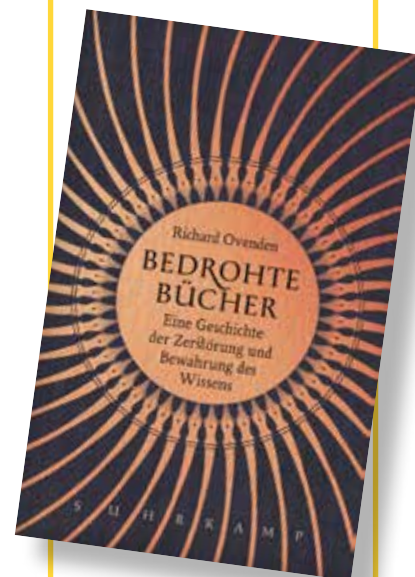
Davon gibt es im gesamten Stadtgebiet von Landsberg insgesamt 13 sowie sieben Schulen. Sie besser auszustatten, Landsberg insgesamt zu einer lebenswerten, familienfreundlichen Kommune zu gestalten, ist vor wenigen Monaten Bürgermeister Halpapp angetreten. Zu einer generationenfreundlichen Stadt gehören für ihn neben ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten aber auch bedarfsgerechte Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen für ältere und hilfsbedürftige Menschen. „Landsberg ist eine wunderschöne Stadt“, schwärmt er, doch lägen ihre vielen Ortsteile nicht nur geographisch oft noch weit auseinander. Ein zukunftsfähiges Stadtentwicklungskonzept für das gesamte Gemeindegebiet sei nötig, meint der Bürgermeister, und ein gebietsumspannendes Radwegenetz, das auch Wochenendausflüglern die Möglichkeit biete, die ganze Stadt Landsberg und deren Angebote radelnd zu erkunden und zu erleben.

Gudrun Oelze

## Eine Geschichte der Zerstörung und Bewahrung des Wissens

**R**ichard Ovenden, Bibliothekar und Direktor der Bodleian Library in Oxford, berichtet in seinem Buch davon, dass Menschen zu allen Zeiten versucht haben, Wissen unter ihre Kontrolle zu bringen, um es gezielt für sich zu nutzen und andere davon auszuschließen. Dies geschah zum Beispiel, indem Bücher verboten oder sogar vernichtet wurden. In seinem Streifzug durch 3 000 Jahre Geschichte wird erwähnt, dass ganze Bibliotheken in Brand gesetzt wurden, um Wissen zu zerstören. Denn, wer den Zugang zu Wissen hat, kann den anderen manipulieren und unterdrücken. Natürlich haben sich durch die Digitalisierung die Speicherung von Wissen und die Informationsbeschaffung stark verändert. Doch die Digitalisierung hat nicht ausschließlich Vorteile. Schnell lassen sich Informationen durch einen einzigen Mausklick unwiderruflich löschen oder verändern. Unter anderem aus diesem Grund ist es wichtig, unsere Bücher und damit unser Wissen zu bewahren und zu schützen. Denn in einer Welt, die gegenwärtig kurzfristig denkt, ermöglichen Bibliotheken und Archive den langen Blick auf die Zivilisation. Dieser Blick sollte nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Beate Grau



**Richard Ovenden: Bedrohte Bücher. Eine Geschichte der Zerstörung und Bewahrung des Wissens. Berlin: Suhrkamp, 2023.**

## Die Regierungssysteme der deutschen Länder



**D**iese Studie befasst sich mit einem Vergleich der Regierungssysteme der deutschen Länder aus politikwissenschaftlicher Sicht. Durch eine umfangreiche Querschnittsanalyse untersucht der Autor die jeweiligen Landesinstitutionen der Bundesländer sowie deren Aufgabenverflechtung. Insofern besitzt das vorliegende Werk deutlich mehr als den Charakter einer bloßen Einführung. Es beschreibt beispielsweise auch die Entstehungsgeschichte der Länder nach 1945 in Ost und West und deren Verhältnis zum Bund. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Analyse der Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen auf die politische Praxis, etwa bei der Problematik des sensiblen Themas des parlamentarischen Rechts zur Selbstauflösung der Landesparlamente. Insgesamt leistet die vorliegende Untersuchung damit einen wesentlichen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Betrachtung wesentlicher Strukturprinzipien und Probleme des föderalistischen Systems der Bundesrepublik.

Michael Rahmfeld

**Sven Leunig: Die Regierungssysteme der deutschen Länder. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS, 3. Auflage, 2023.**

### DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

**Öffnungszeiten** (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

**Kontakt**

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: [bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de](mailto:bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de)

## Datenmissbrauch als Gefahr für Demokratie und Freiheit

**D**er Autor, renommierter Datenschützer und Rechtsphilosoph, sieht den Umgang mit und vor allem den Missbrauch unserer persönlichen (und persönlichsten!) Daten als entscheidende Gefahr für Demokratie, Freiheit und Solidarität an. Der Mensch ist bereits und wird auch in Zukunft Ressource der digitalen Effizienzrevolution sein. Johannes Caspar erläutert seine Thesen anschaulich in dieser breitangelegten und verständlich geschriebenen Studie. Die Lösung für die mit dieser Analyse verbundenen Gefahren sieht der Autor in der Wiedergewinnung menschlicher Autonomie in der digitalen Moderne. Er nennt fünf wesentliche Bausteine für eine Abwehr drohender Gefahren, darunter die Schaffung demokratischer Datenwelten, die Gewährleistung rechtsstaatlicher und gemeinwohlorientierter Entscheidungen durch private Datenkonzerne über staatliche Kontrolle und Aufsicht.

Michael Rahmfeld

**Johannes Caspar: Wir Datensklaven. Wege aus der digitalen Ausbeutung, Berlin: Ullstein, 2023.**



## Die Rolle des Bürgerkomitees Magdeburg in der Wendezeit

**D**er vorliegende Sammelband wurde anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Bürgerkomitees Magdeburg veröffentlicht und berichtet von dessen Gründungsgeschichte in einer bewegenden Zeit. Er richtet sich an Mitglieder, Freunde und Förderer des Bürgerkomitees, an Betroffene sowie Interessierte und Leserinnen und Leser, die sich einen Eindruck über den 1989 beginnenden Demokratisierungsprozess in der DDR verschaffen wollen. So wird beispielsweise beschrieben, welche Rolle das Bürgerkomitee bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes spielte oder mit welchen Schwierigkeiten die Bürgerkomiteemitglieder angesichts der Aufbruchs- und Umbruchszeit 1989/1990 konfrontiert wurden. Die beiden Autorinnen haben durch ihre unterschiedlichen Biographien und Jahrgänge (1995 und 1954) einen differenzierten Blick auf die Ereignisse rund um die Gründung des Bürgerkomitees. Der Mehrwert dieser Publikation besteht unbestritten im gänzlich anderen Erleben bzw. Betrachten der beschriebenen Zeit.

Beate Grau

**Anna Skiba, Edda Ahrberg: DDR vorbei? Der Beginn der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und die Rolle des Bürgerkomitees in Magdeburg. Magdeburg: Eigenverlag, 2. Auflage, 2021.**



# Wiedersehen im Landtag

Vom „ersten Hotel am Platze“ zum Landesparlament. Die Geschichte des Landtagsgebäudes ist schon eine besondere. Als Internatsschüler der Wasserwirtschaftsschule hat Klaus Lorenz einen Teil der Geschichte hautnah erlebt.

**D**as Studium der Wasserwirtschaft hat eine lange Tradition in Magdeburg und jede Menge Spuren davon finden sich im heutigen Landtagsgebäude am Domplatz 6–9. Denn von 1956 bis 1990 befand sich dort die Ingenieurschule für Wasserwirtschaft. Klaus Lorenz aus Plauen gehörte damals zum ersten Studienjahrgang. Gemeinsam mit seiner Frau und einem ehemaligen Kommilitonen hat er im August seine alte Schule nochmal besucht.



Klaus Lorenz (r.) hatte jede Menge Erinnerungsphotos an seine Studentenzeitszeit mitgebracht, die er Hans-Jürgen Ende vom Besucherdienst des Landtags zeigte.

Die damalige Ingenieurschule wurde für 250 Studenten konzipiert, Bau und Ausrüstung kosteten nicht weniger als fünf Millionen „Ostmark“, resümieren die ehemaligen Studiendirektoren Horst Bethge und Karl-Heinz Walther in der Festschrift „50 Jahre Wasserwirtschaftsausbildung in Magdeburg (1956–2006)“. Demnach hatte das Schulgebäude unter anderem zwölf Seminarräume, zwei Zeichensäle, eine Aula mit 300 Plätzen, Labore für Hydraulik, Wasseranalytik, Maschinen und Anlagen und sogar eine Turnhalle. Das Studentenwohnheim fasste seinerzeit 320 Internatsplätze in Zweibettzimmern, mit Mensa für Vollverpflegung, außerdem gab es Kulturräume. „Das damals modernste Internat in Magdeburg genoss bei den Studenten den Ruf des ersten Hotels am Platze“, so die Studiendirektoren.

Dieser Einschätzung kann sich auch der 83-jährige Klaus Lorenz anschließen. Als Vollwaise, ohne Abitur, sei es für ihn eine große Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine große Chance gewesen, ein Ingenieurstudium aufzunehmen, erzählt er beim Rundgang durch den Landtag. Staunend ging er über die Flure und erfuhr vom Besucherdienst, welche Veränderungen das Gebäude die letzten Jahrzehnte durchlaufen hat. Dabei teilte er manche Anekdote aus seiner Studentenzeitszeit: „Von der ehemaligen Gaststätte der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft haben wir mal ein 100-Liter-Bierfass über den Domplatz in unser Internat gerollt, nachdem wir

es zur Hälfte geleert hatten und es ruckbar wurde, haben wir es wieder zurückgerollt und die Baustudenten verantwortlich gemacht“, berichtet Lorenz schmunzelnd. Nach der politischen Wende 1990 musste die Wasserwirtschaftsschule weichen, das Landesparlament benötigte einen repräsentativen Sitz. Natürlich waren dafür seinerzeit erhebliche Umbauarbeiten nötig. Mehr als 30 Jahre später stehen nun erneut große Baumaßnahmen im und am Landtagsgebäude an.

Stefanie Böhme

## GEPLANTE BAUMAßNAHMEN

**D**er Landtag von Sachsen-Anhalt wird im Rahmen einer großen Baumaßnahme sicherheitstechnisch ertüchtigt. Im Zuge der Baumaßnahme folgt die Bauverwaltung Empfehlungen des Landeskriminalamts und setzt Maßnahmen um, die zur Erhöhung der Sicherheit von Abgeordneten und Fraktionen erforderlich sind. Daher werden ab Oktober 2023 in einem ersten Schritt die Fenster des Landtags ertüchtigt. Im weiteren Verlauf der Gesamtbaumaßnahme wird auch die Eingangssituation des Landtags verändert werden. Erste Bautätigkeiten hierzu werden im Bereich des Nordeingangs Ende dieses Jahres stattfinden. Daneben ist eine Reihe technischer Erneuerungen vorgesehen. Außerdem werden Ausbaumaßnahmen im bisherigen Garagentrakt und Außenhofbereich erfolgen.



# UNVOLLENDETE LEBEN

11. OKTOBER BIS 27. NOVEMBER 2023



In der Foto-Ausstellung werden 18 Künstlerinnen und Künstler portraitiert, die während des Zweiten Weltkriegs wegen ihrer jüdischen Abstammung inhaftiert, misshandelt und ermordet wurden. Sie waren vor dem Krieg in den Bereichen Musik, Theater, Literatur und Kunst tätig, die Ausstellung bezeugt ihren Lebens- und Leidensweg. Ihr Schaffen ist das Testament, das sie der Nachwelt hinterlassen haben.

Die Ermordung von Millionen Menschen durch die Nationalsozialisten – aus Rassenwahn, ideologischer Verblendung und im Zuge des Überfalls auf andere Nationen – war ein Verbrechen ohnegleichen, unfassbar mit bloßem Verstand. Umso wichtiger ist es, einigen der vielen Opfer ein Gesicht zu geben, um sie sich vorzustellen: Was wäre aus ihnen geworden, was hätten sie vollbracht, wie hätten sie gelebt?

Die Wanderausstellung der Bente-Kahan-Stiftung Wrocław (Breslau) wagt diesen Versuch. Sie wird am 11. Oktober 2023 um 15 Uhr im Landtag eröffnet. Zur Ausstellungseröffnung wird Künstlerin und Stiftungsgründerin Bente Kahan erwartet.

Die angegebenen Ausstellungstermine können sich im Einzelfall noch verschieben. Es wird empfohlen, sich über die Internetseite des Landtags aktuell zu informieren.

Sollten Sie Fragen zu dieser Ausstellung haben oder daran interessiert sein, Ihre eigene Ausstellung im Landtag zu präsentieren, dann steht Ihnen für weitere Auskünfte Matthias Unfried (Tel. 0391 560-1258, E-Mail: [matthias.unfried@lt.sachsen-anhalt.de](mailto:matthias.unfried@lt.sachsen-anhalt.de)) als Ansprechpartner zur Verfügung.

## WANN TRIFFT SICH DAS PLENUM?



	JANUAR					FEBRUAR				MÄRZ				APRIL				MAI				JUNI																	
Mo	1	8	15	22	29	5	12	19	26	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	1	8	15	22	29	3	10	17	24	■ Sitzungen Landtag							
Di	2	9	16	23	30	6	13	20	27	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	7	14	21	28	■ Sitzungen Ältestenrat												
Mi	3	10	17	24	31	7	14	21	28	6	13	20	27	3	10	17	24	31	8	15	22	29	5	12	19	26	■ Ferien Sachsen-Anhalt												
Do	4	11	18	25	1	8	15	22	29	7	14	21	28	4	11	18	25	9	16	23	30	6	13	20	27														
Fr	5	12	19	26	2	9	16	23	30	1	8	15	22	29	5	12	19	26	10	17	24	31	7	14	21	28													
Sa	6	13	20	27	3	10	17	24	2	9	16	23	30	6	13	20	27	11	18	25	8	15	22	29															
So	7	14	21	28	4	11	18	25	3	10	17	24	31	7	14	21	28	12	19	26	9	16	23	30															
	JULI					AUGUST					SEPTEMBER					OKTOBER					NOVEMBER					DEZEMBER													
Mo	1	8	15	22	29	5	12	19	26	2	9	16	23	30	1	8	15	22	29	4	11	18	25	4	11	18	25	1	8	15	22	29	48	49	50	51	52	1	■ Sitzungen Landtag
Di	2	9	16	23	30	6	13	20	27	3	10	17	24	2	9	16	23	30	9	16	23	30	5	12	19	26	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	■ Sitzungen Ältestenrat		
Mi	3	10	17	24	31	7	14	21	28	4	11	18	25	3	10	17	24	31	10	17	24	31	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	31	■ Ferien Sachsen-Anhalt			
Do	4	11	18	25	1	8	15	22	29	5	12	19	26	4	11	18	25	1	8	15	22	29	7	14	21	28	11	18	25	4	11	18	25						
Fr	5	12	19	26	2	9	16	23	30	6	13	20	27	2	9	16	23	30	11	18	25	12	19	26	8	15	22	29	5	12	19	26							
Sa	6	13	20	27	3	10	17	24	31	7	14	21	28	1	8	15	22	29	1	8	15	22	29	9	16	23	30	6	13	20	27								
So	7	14	21	28	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	2	9	16	23	30	10	17	24	7	14	21	28	1	8	15	22	29					

## Plenarsitzungen 2024

25./26.01. 21./22./23.02. 20./21.03. 24./25.04. 11./12./13.06.  
22./23.08. 19./20.09. 24./25.10. 20./21.11. 17./18./19.12.

